

Aussenpolitik für Recht und Freiheit durch Recht und Freiheit



MICHAEL VON PROLLIUS * • Februar 2014

Der frühere amerikanische Vizegeneralstabschef James Cartwright urteilte treffend: „Wenn man versucht, durch Töten zu Lösungen zu kommen ..., wird man Menschen gegen sich aufbringen.“ Ausgerechnet ein Offizier im Ruhestand, so mögen Kritiker bemerken, bringt die zeitlose Lehre auf den Punkt, die Anhänger des klassischen Liberalismus unter dem Stichwort Nichtaggressionsprinzip als Grundlage des Zusammenlebens von Menschen hervorheben: Jede Aggression, jeder Einsatz von Gewalt verletzt die Freiheit anderer. Jeder Mensch ist Eigentümer seines Körpers und des von ihm geschaffenen Wohlstandes. Jeder Eingriff in sein Eigentum und jede Bedrohung verletzt seine Freiheit.

Verletzungen können zwar heilen, hinterlassen aber Narben. Manche Menschen erdulden ihr Schicksal, andere wehren sich – zuweilen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bis hin zum Einsatz ihres Lebens im Namen einer (vermeintlich) höheren Sache. Das haben auch die amerikanischen Regierungen, Streitkräfte und Bürger in den vergangenen zwei Dekaden im Mittleren Osten erfahren. Seit dem Überfall Saddam Husseins auf Kuwait herrscht dort ein heisser, zuweilen kalter Krieg, in dem die US-Streitkräfte tausende Soldaten verloren haben und beim Terroranschlag am 9. September 2001 auch tausende Bürger starben. Vom Hindukusch über den Persischen Golf und das Horn von Afrika mit Somalia, weiter über Libyen bis zur westlichen Sahelzone reicht das Kriegsgebiet. Längst sind auch deutsche Soldaten im Einsatz. Derweilen wurde gemeldet, dass die USA ihre Drohnenangriffe im Grenzgebiet zu Afghanistan trotz der Proteste des pakistanischen Premierministers fortgesetzt hätten. Drei mutmassliche Extremisten sollen getötet worden sein. Seit 2008 sollen nach Angaben der pakistanischen Regierung 67 Zivilisten unter den mehr als 2.000 bei Drohnenangriffen getöteten Menschen sein. Kann auf diese Weise mehr Sicherheit erreicht werden?

* Der Autor ist Gründer von Forum Ordnungspolitik und assoziierter Forscher am Liberalen Institut.

Der frühere amerikanische Botschafter und frühere Präsident des Middle East Policy Council Chas W. Freeman bilanzierte: „Nach 11 Jahren Kampf geht uns allen die Geduld und so ziemlich das Geld aus.“ Die USA hätten bis Ende 2012 rund 275 Milliarden Dollar ausgegeben, 2.000 Amerikaner seien in Afghanistan gestorben, 16.000 schwer verwundet worden. Insgesamt werde der afghanische Krieg rund 1,5 Billionen Dollar kosten oder 50.000 Dollar pro Kopf und das in einem Land, in dem das pro Kopf Einkommen rund 1.000 Dollar beträgt.

Der klassisch-liberale Staat dient dem Frieden

Grund genug sich auf das zu besinnen, was einen klassisch-liberalen Staat ausmacht, nämlich der Schutz von Recht und Freiheit sowie seine Begrenzung durch Recht und Freiheit. Regierungen haben Recht und Freiheit zu schützen und sie sind Recht und Freiheit untergeordnet. Das ist der Minimalkonsens auf den sich Menschen weltweit verständigen können. Der Schutz von Leib, Leben und Eigentum ist der Daseinszweck des Staates und seine Berechtigung, Zwang auszuüben. Nur deshalb darf der Staat Zwang einschliesslich Gewalt ausüben, eben um diese Werte und Prinzipien zu verteidigen – sie machen unsere Existenzgrundlage aus. Zugleich sind Regierungen und der Staat Recht und Freiheit untergeordnet; sie müssen sich angesichts der ihnen übertragenen weitreichenden Befugnis penibel daran halten, sie sind an das Recht der Freiheit gebunden. Bemerkenswerterweise zeigt die zeitlose klassisch-liberale Erkenntnis, dass es keinen Unterschied zwischen Innen- und Aussenpolitik gibt. Klassisch-liberale Prinzipien sind universell gültig.

Frieden ist der wichtigste Zustand im Zusammenleben von Menschen. Diese heute banal klingende Feststellung ist von ausserordentlicher Tragweite. Denn Frieden schaffen – noch dazu ohne Waffen – stellt eine grosse Herausforderung dar. Gewalt gilt es gerade aussen- und sicherheitspolitisch mit erheblich verbesserten und intensivierten Anstrengungen als bisher zu vermeiden. Dazu bedarf es Prinzipien.

Krieg dehnt Staatseinfluss aus

Zuvor sei noch auf einen vielfach vernachlässigten praktischen Grund hingewiesen, den Liberale beherzigen dürfen. Krieg war in der Geschichte stets

ein Mittel, um den Einfluss des Staates auszudehnen. Das geschah regelmässig zu Lasten der Freiheit und Gleichheit der Bürger und zwar nicht nur in aussenpolitischer Hinsicht, sondern auch innenpolitisch. Evan Eland hat hierfür die Formel vom „Warfare State to Welfare State“ übernommen. Der Direktor des Zentrums für Frieden und Freiheit beim Independent Institute zeigt auf, wie entlang einer Kette von Kriegen in der Entstehungsgeschichte der USA der Wohlfahrtsstaat auf- und ausgebaut wurde, mit immer neuen und umfangreicheren Steuern, wachsender Umverteilung, weitreichender Beschränkung von Freiheiten, ferner ausgedehnten Informationssammlungen, schliesslich der Deformation und Privilegierung des Bankensystems. Den Meilenstein bildete der Erste Weltkrieg. Dazu passt das Diktum von Ludwig von Mises: „Es wird ... noch immer nicht beachtet, dass ewiger Frieden nur durch restlose und allgemeine Durchführung des liberalen Programms erreicht werden kann, und dass der Weltkrieg nichts anderes war als die natürliche und notwendige Folge der antiliberalen Politik der letzten Jahrzehnte.“

Sieben Prinzipien einer liberalen Aussenpolitik

Für eine liberale Aussenpolitik, die dem Frieden dient, lassen sich sieben Prinzipien formulieren:

- 1. Eigentumsschutz:** Wichtigste Aufgabe und zugleich die Existenzberechtigung des Staates ist der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürger, die ihn zu diesem Zweck geschaffen haben. Die Herrschaft des Rechts bindet gerade auch den Staat. Das gilt in Innen- und Aussenpolitik gleichermassen.
- 2. Nicht-Aggression:** Gegenüber seinen Bürgern und den Menschen im Ausland gilt für die Regierung und den Staatsapparat das Nicht-Aggressionsprinzip. Nicht-Handeln als Handeln und Nicht-Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker gehören zu den vornehmsten Aufgaben eines jeden Staates.
- 3. Selbstverteidigung:** Einsatz von Gewalt bis hin zum Kriegsführen kann nur dann das letzte Mittel sein, wenn das Ziel die Wiederherstellung des Friedens ist. Liberale Aussenpolitik ist nicht pazifistisch. Aggression, Abschreckung, aber auch Präventivkriege sind allerdings keine geeigneten Mittel, Wehrhaftigkeit hingegen schon. Gewalt darf mit Gewalt zur Selbstverteidigung beantwortet werden.

4. Kapitalistischer Friede: Kapitalismus, verstanden als freie Marktwirtschaft, ist der beste Friedensgarant. Offene Märkte, Vertragsfreiheit, Privateigentum, Freihandel und Rechtssicherheit ermöglichen den Tausch über politische Grenzen hinweg und damit die (friedliche) Kooperation unterschiedlicher Menschen und Völker. Dafür darf und soll sich eine Regierung weltweit engagieren.

5. Friedensordnungspolitik: Eine Rahmenordnungspolitik zur Stärkung liberaler Institutionen weltweit gehört ebenfalls zu den liberalen aussenpolitischen Prinzipien, also das friedliche, aber nachdrückliche Eintreten für eine freie Gesellschaft und das Mitwirken in internationalen Institutionen, die für Freiheit und Recht eintreten.

6. Sezession: Die Gewährung eines uneingeschränkten Rechts auf Sezession, und damit eine selbstbestimmte Staatsbildung, ist ein konsequent liberaler Grundsatz, der im Selbstbestimmungsrecht der Völker verankert wurde. Dazu gehört auch, gegen die Bestrebungen von Sezessionisten keine Hürden zu errichten. Die Sicherung der Freiheit des Wettbewerbs, gerade um bestmögliche staatliche Dienstleistungen, ist ein essentielles Prinzip einer freien Gesellschaft in und über Europa hinaus.

7. Minimalstaat: Frieden kann weltweit letztlich nur durch Beschränkung der Staatstätigkeit auf die hoheitlichen Kernaufgaben gesichert werden. Insbesondere gehört es nicht zu den Aufgaben von Regierung und Staat, Wohlfahrtsvorstellungen durchzusetzen. Vielmehr haben sich Regierungen und Staatsapparate dem Primat von Freiheit und Recht zu unterwerfen. Ausserdem haben sie Freiheit und Recht zum Durchbruch zu verhelfen.

Konsequente Friedenspolitik ist das rechte Mittel auch gegen Despoten

Das Institute for Economics and Peace schätzt die Kosten für die Aufrechterhaltung von Gewalt im Jahr 2012 auf 9,5 Billionen Dollar. Das entspricht in etwa 10% der Weltwirtschaftsleistung und dem doppelten Wert der globalen landwirtschaftlichen Produktion. Unmittelbar stellt sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Waffenexporten mit dem Erhalt einer freien, friedlichen Welt. Zudem rückt die Frage nach dem Umgang mit Despoten in den Vordergrund. Zahlreiche Untersuchungen, darunter der führende Theoretiker der

friedlichen Revolution zur Überwindung von Diktaturen Gene Sharp, kommen zu dem Ergebnis, dass friedliche Erhebungen wirksamer sind als gewalttätige und Regime von innen heraus überwunden werden müssen, um zu tragfähigen neuen Gesellschafts- und Regierungsformen zu gelangen. Terrorismus, auch Staatsterrorismus erfordert internationale polizeiliche Massnahmen im weiteren Sinne, nicht aber militärische. Das lehrt auch der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der sich 2014 zum einhundertsten Mal jährt. Sicherheitspolitische Kreise in der Führung des Habsburger Reiches beharrten auf einer militärischen Antwort auf das erfolgreiche Attentat serbischer Terroristen in Sarajewo. Interventionen, um andere Menschen angesichts einer versagenden oder sich gegen sie wendenden Staatsgewalt zu schützen, ist nicht die Pflicht eines anderen Staates. Dessen Legitimität besteht im Schutz der eigenen Bürger, während es nicht seine Aufgabe ist, Leib und Leben seiner Bürger zum Schutz von Menschen in anderen Staaten einzusetzen.

Konsequent auf liberale Ziele, Prinzipien und Praktiken zu vertrauen bedeutet, das Prinzip Zwang konsequent durch das Prinzip Vertrag zu ersetzen. Freiwilliger Austausch ist die Grundlage von Frieden. Das bedeutet nicht zuletzt Selbstbeschränkung. Es hilft das Eingeständnis, dass manches, vielleicht vieles die eigenen Kräfte übersteigt. Menschen müssen selbst für ihr Recht eintreten. State- und Nationbuilding sind ambitionierte Projekte, die weit überwiegend an den regionalen Eigenheiten scheitern. Zugleich werden viele bisher selbst geschaffene Probleme absehbar gar nicht erst entstehen, sobald sich Regierungen und Staatsapparate zurückhalten. Das zeigen anschaulich die Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen, bei denen Ziele und Ergebnisse weit auseinander klaffen. Auch die im Grunde desaströse Bilanz der Entwicklungshilfe, die vielfach autoritäre Staatsführungen stärkt, Marktwirtschaft und Unternehmertum behindert und Armut verfestigt, bei gleichzeitigem Protektionismus des Westens, gehört zum Mythos der Machbarkeit.

Schliesslich bringt eine konsequent liberale Aussenpolitik folgende Einsicht mit sich: Gewalt wird sich niemals vollständig überwinden lassen. Der ewige Friede ist nicht erreichbar. Wir können die Welt nicht retten. Bescheidenheit ist daher eine Devise, Wehrhaftigkeit mit Worten und Taten zur Errichtung und zum Schutz einer Ordnung der Freiheit und des Friedens eine weitere Lehre.

Konfliktprävention und Friedenserhalt ist mit Liberalismus identisch

Wie können Konflikte vermieden und wie kann Frieden geschaffen bzw. erhalten werden?

1. Den Austausch der Menschen fördern, denn Kapitalismus respektive Marktwirtschaft ist für Frieden bedeutender als Demokratie.
2. Die Völker müssen sich in allererster Linie selbst helfen, denn gewaltlose Selbsthilfe ist besonders erfolgreich und dauerhaft. Eine derartige Selbsthilfe zur Errichtung offener Gesellschaften besitzt eine historische Dimension.
3. Liberale Wehrhaftigkeit praktizieren, die abschreckend und aufklärend dem eigenen Schutz dient. Hier ist Sicherheitspolitik gefragt.

Ludwig von Mises brachte das Programm des Liberalismus wie folgt auf den Punkt: „Das Ziel der inneren Politik des Liberalismus ist auch das seiner auswärtigen Politik: Frieden. So wie im Innern der Staaten so strebt der Liberalismus auch im Verkehr zwischen den Staaten friedliches Zusammenwirken an. Der Ausgangspunkt des liberalen Denkens ist die Erkenntnis des Wertes und der Wichtigkeit menschlicher Kooperation, und alles, was der Liberalismus plant und ins Werk setzen will, dient der Erhaltung des gegenwärtig erreichten Standes und dem weiteren Ausbau der wechselseitigen Kooperation der Menschen. Als letztes Ideal schwebt dabei immer der Gedanke einer vollständigen Kooperation der ganzen Menschheit vor, die sich friedlich und ohne Reibungen abwickelt.“ Auf eine Kurzformel gebracht lautet das aussenpolitische Programm des Liberalismus: Aussenpolitik für Recht und Freiheit durch Recht und Freiheit!



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2014, Liberales Institut.